

## Fragen des ULV an die WissenschaftssprecherInnen im Nationalrat

### A. Themenblock 1: Wissenschaftsministerium und Minister

1. Die Änderung des Bundesministeriengesetzes und damit die **Zusammenführung der Wissenschaftsagenden mit dem Wirtschaftsministerium** (Bundesministeriengesetz-Novelle 2014) hat das neue Ressort mit der Bezeichnung „Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft“ hervorgebracht.
  - a. Wie vertragen sich Wissenschaft und Wirtschaft in einem Ressort, welche sachliche und politische Begründung hat das aus Ihrer Sicht? **Welche Kritik haben Sie nach der Erfahrung einer Legislaturperiode? Würden Sie für die kommende Periode für eine andere Konstellation votieren?** Wieder ein eigenständiges Wissenschaftsministerium?
  - b. Die aktuelle Konstellation ist nicht einzigartig, es gibt **inner- und außereuropäische Beispiele**. Wie bewerten Sie diese Erfahrungen mit Bezug auf Österreich? Konnte in anderen Ländern diese Konstellation besser genutzt werden?
  - c. Zu Beginn wurden Befürchtungen laut, dass in dieser Konstellation der Ressorts die Grundlagenforschung leiden und die **angewandte Forschung bevorzugt** werden wird. Oder dass die Geistes- und Sozialwissenschaften leiden und die **Wiwi- und MINT-Fächer bevorzugt** werden. Oder dass die wissenschaftliche Lehre universitären Charakters gegenüber der Lehre fachhochschulischen Charakters ins Hintertreffen geraten könnte bzw. generell der **Fachhochschulsektor** zu Ungunsten des Universitätssektors **verstärkt** werde. Was können Sie nach einer Legislaturperiode auf diese ursprünglich geäußerten Befürchtungen antworten?
  - d. Mal die Wirtschaft außer Acht gelassen: Der ULV hat schon länger für eine **Zusammenlegung aller Forschungsagenden in einem Ressort** plädiert. Das ist ja mit der **Zusammenführung der Wissenschaftsagenden mit dem Wirtschaftsministerium** nun quasi passiert. Welche Effekte haben sich von dieser Zusammenlegung der Forschungsagenden ergeben? Z.B. hinsichtlich der Doppelgleisigkeiten und einer transparenten und gleichwertigen Vergabe der Forschungsmitteln?

*Ich bin dieser Novelle sehr kritisch gegenüber gestanden und habe für die Beibehaltung eines eigenständigen Wissenschafts- und Forschungsministeriums gestimmt, das ich selbst von 2011 bis 2013 leiten durfte. Obwohl die Minister Reinhold Mitterlehner und Harald Mahrer sich sehr für Wissenschaft und Forschung eingesetzt haben und gewiss auch Symbiosen sinnvoll genutzt wurden (beispielsweise im Bereich Universitätsbauten, wo die zur Wirtschaft ressortierende Bundesimmobiliengesellschaft eine entscheidende Rolle spielt), trete ich nach wie vor für ein eigenständiges Wissenschaftsressort ein, da diesem zentralen Bereich damit jedenfalls mehr Aufmerksamkeit zukommt.*

*Die erwähnten Befürchtungen habe ich von Beginn an in dieser Intensität nie geteilt, für mich fielen sie eher in die Kategorie des grundsätzlich erwartbaren Aufschreis bei Veränderungen.*

*Was aus meiner Sicht überlegenswert ist: Zum einen ein Bildungs- und Wissenschaftsministerium, das die Agenden von der Schule bis zu den Hochschulen (auch Pädagogische Hochschulen!) umfasst, sowie ein Forschungsministerium, das Grundlagenforschung, angewandte Forschung, Technologie und Innovation vereint. Auch wenn durch die Zusammenlegung von Wissenschaft/Forschung mit der Wirtschaft eine erste Zusammenführung der Forschungsagenden erfolgt ist, bleibt mit dem BMVIT ein zweites Ressort verantwortlich, die Zersplitterung in diesem Bereich ist also nach wie vor da. Für einen fundierten Vergleich mit inner- und außereuropäischen Beispielen fehlt mir die genaue Kenntnis der Situation in anderen Ländern.*

2. Die quasi Verschiebung der Wissenschaftsagenden in das Wirtschaftsministerium hat viel Kritik hervorgerufen (zusammenfassbar unter dem Diktum: Wissenschaft als Verschubmasse). Tatsache ist, dass die Wissenschaftspolitik gerade der letzten Jahre, in denen es eben ein eigenständiges

Wissenschaftsministerium (unter Hahn, Karl und Töchterle) gegeben hat, in einem steigenden Maße Kritik der Betroffenen hervorgerufen hat.

a. Von verschiedenen Seiten wurden die **Desiderata und Problemfelder an den Universitäten** aufgezeigt. Die Stimmung könnte man diesbezüglich zwischen Verzweiflung und Resignation ansiedeln. **Was sind aus Ihrer Sicht die dringlichsten universitären Baustellen, z.B. die Top 5? Und wurde diese in der zu Ende gehenden Legislaturperiode angegangen?**

b. Manche meinten, jetzt endlich – und gerade auch wegen der Auflösung des BMWF – die Zeit für wirklich notwendige Reformen gekommen sein. **Inwiefern konnte die zu Ende gehende Legislaturperiode für erhoffte Reformen genutzt werden?**

*Aus meiner Sicht ist und bleibt zentral, den Universitäten endlich jene Instrumente in die Hand zu geben, mit denen sie sich ihre Studierenden aussuchen können. Dies würde einen geregelten Universitätszugang und damit eine verbesserte Planung innerhalb der Universitäten und eine umfassendere Betreuung der Studierenden ermöglichen. Wir waren bereits auf einem guten Weg, die auch im Regierungsprogramm verankerte Studienplatzfinanzierung umzusetzen. Insbesondere auch das klare Bekenntnis im „Plan A“ der Bundeskanzlers zu diesem zentralen hochschulpolitischen Projekt gab Anlass zur Hoffnung. Leider ist dem Kanzler die eigene Partei nicht gefolgt, die Verhandlungen sind kurz vor der Sommerpause vorerst gescheitert. Wissenschaftsminister Mahrer hat aber entsprechend einem Nationalratsbeschluss, wonach bis Ende Jänner 2018 ein Modell zur kapazitätsorientierten Studienplatzfinanzierung vorgelegt werden soll, einen Gesetzesentwurf in Begutachtung geschickt und damit einen neuerlichen Diskurs eröffnet.*

*Neben der Studienplatzfinanzierung ist aus meiner Sicht die Reform des Studienrechts dringlich, um die Verbindlichkeit des Studierens zu erhöhen. Weiters könnte man die für die Qualität der Universitäten so zentralen Berufungsverfahren auf eine bessere gesetzliche Grundlage stellen.*

*In der vergangenen Legislaturperiode gab es zahlreiche Projekte, die zu Verbesserungen an den Hochschulen und für Studierende beigetragen haben, zuletzt etwa die Erhöhung und Ausweitung der Studienförderung im Rahmen einer Novelle des Studienförderungsgesetzes. Weiters kann ich die Novellen des Universitätsgesetzes (u.a. Maßnahmen zur Qualitätssicherung wissenschaftlicher Arbeiten, transparente Abwicklung und Finanzierung von Universitätsbauten, „Tenure Track“, Adaptierung der STEOP), die Novellen des Hochschülerschaftsgesetzes (u.a. Direkt- und Briefwahl) und das gemeinsame Studienrecht an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen nennen.*

3. Als nach der Zeit von Ministerin Gehrler (wieder) ein eigenständiges Wissenschaftsministerium geschaffen wurde, herrschte in der SciCom – trotz Bologna und UG2002 – irgendwie freudige Aufbruchsstimmung. Alle drei Minister bekamen zu ihrem jeweiligen Amtsantritt eine Art Vorschussvertrauen. Bei Hahn sagten alle: Ah, ein Philosoph! Dann kamen nicht enden wollende Studentenproteste und schließlich die Plagiatsaffäre. Bei Karl sagte man: Arbeitsrechtlerin, habilitiert, Mittelbauerin/ehem. Univ.-Ass. – die weiß, wovon sie spricht, das passt! Dann kamen die Auflösung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Einsparungen, Einsparungen, Einsparungen. Schließlich kam Univ.-Prof. Töchterle und alle sagten: Endlich einer von uns, gelehrt, intellektuell, erfahren. Und dann ging politisch scheinbar nichts mehr, heute sind viele einfach nur enttäuscht (quasi ein Déjà-vu bez. BM a.D. Univ.-Prof. Tuppy). Über BM Mitterlehner und dann BM Mahrer als neue Wissenschaftsminister gab es aus der SciCom kaum Kommentare, weder positiv, noch negativ, scheinbar keine Erwartungshaltungen, auch keine Kritik. (Kritische Kommentare bezogen sich im Wesentlichen auf die Auflösung des BMWF.) **Wie nehmen/nahmen Sie als WissenschaftssprecherIn die beiden handelnden Personen als Wissenschaftsminister im parlamentarischen Umgang, etwa im Wissenschaftsausschuss oder im Plenum u.a. persönlich wahr? Welche Erwartungen hatten/haben Sie an beiden Minister, wurden sie erfüllt oder enttäuscht?**

*Als einer der Genannten kann ich aus meiner Erfahrung sagen: Ich konnte weniger bewirken als erhofft und gewünscht, und dennoch habe ich einen gewissen Gestaltungsspielraum für Reformen genutzt und etwa einen ersten Schritt zur Studienplatzfinanzierung gesetzt (Regelung für zumindest fünf*

Fächergruppen) und auch beträchtlich mehr Mittel für die Hochschulen erreicht, Stichwort „Hochschul-Milliarde“.

Die Wissenschaftsminister Mitterlehner und Mahrer habe ich im parlamentarischen Alltag wertschätzend wahrgenommen, Minister Mitterlehner waren die Abläufe ja auch durch seine eigene langjährige Abgeordneten-Tätigkeit gut bekannt. In seiner Tätigkeit als Wissenschafts- und Forschungsminister wurden einige wichtige Neuerungen, wie beispielsweise die Verlängerung der Zugangsregelungen, gesetzliche Festlegung eines österreichweiten Bauleitplans oder auch Abschlüsse aller Verträge für den klinischen Mehraufwand, vorgenommen, die auf universitärer Seite von Bedeutung sind. Für Studierende gab es Verbesserungen in der Studienförderung bzw. Vereinfachungen im Bereich des ÖH-Wahlrechts.

## **B. Themenblock 2: Universitätskarrieren und Wissenschaftsnachwuchs**

4. Als Vorsitzende des ULV an der Universität Wien vertreten wir alle an der Universität tätigen WissenschaftlerInnen, angefangen bei TutorInnen, StudienassistentInnen und anderen studentischen MitarbeiterInnen über LektorInnen und WissenschaftlerInnen in der drittmittelfinanzierten Forschung sowie die mehrheitlich befristet und zu einem sehr geringfügigen Teil auch unbefristet angestellten UniversitätsassistentInnen bis hin zu den Habilitierten (PDs, Assoz.Profs., ao.Profs) und den berufenen ProfessorInnen. Traditionell haben wir an den österreichischen Universitäten immer noch steile Hierarchien und strikte Kurieneinteilungen. Der ULV plädiert seit Jahren für eine Aufgabe dieses aus unserer Sicht antiquierten und teuren Systems und für die Einführung des international üblichen, auf Konkurrenz basierenden Faculty-Modells – also alle WissenschaftlerInnen post-Doc in einer gemeinsamen Gruppe – mit durchlässigen Karriereschienen. Wir stehen damit in Opposition zu einer – qualifizierten – Minderheit im UniversitätsprofessorInnenverband. Unter BM Hahn stand das Faculty-Modell als zukunftsweisendes System nahe an der Einführung, dann kam sein Jobwechsel. BM Karl war auch dafür, aber zu kurz im Amt. Unter BM Töchterle war dies scheinbar nur ein Randthema. De facto haben alle internationalen Top-Universitäten das Faculty-Modell. Wie stehen Sie dazu? **Inwiefern hat dieses Thema für Sie als WissenschaftssprecherIn in der zu Ende gehenden Legislaturperiode eine Rolle gespielt? Welche Lösungen würden Sie in der kommenden Legislaturperiode vorschlagen?**

*Auch in diesem Bereich wurden in der vergangenen Legislaturperiode Verbesserungen erzielt, durch eine UG-Novelle wurden neue Perspektiven für Jungwissenschaftler eröffnet („Tenure Track“). Da ich mich für die kommende Legislaturperiode nicht mehr der Wahl stelle, werde ich an dieser Stelle auch keine Vorschläge nennen, bin aber überzeugt, dass das Thema auf der Agenda bleibt, zumal für die ÖVP mit Rudolf Taschner ein Wissenschaftler mit Uni-Sicht dem nächsten Nationalrat angehören wird.*

5. Einer der wesentlichen Kritikpunkte an den Reformen, Reförmchen, und Deformationen im universitären Bereich in den letzten Jahren war z.B. der weitestgehende Rück- bzw. **komplette Abbau der inneruniversitären Demokratie. Das Motto des ULV lautet „Universität ist Leistung durch Kooperation und Verantwortung durch Partizipation“.** Mit der erstmaligen Einführung eines eigenständigen Wissenschaftsministeriums unter Hertha Firnberg kam auch ein entsprechendes UG mit einem hohen Maß qualitätvoller, wenn auch aufwendiger inneruniversitärer Demokratie. **Gehen die Ansprüche gesellschaftlicher und universitärer Realität in unserem Land nicht diametral auseinander, wenn wir mehr Demokratie in der Gesellschaft verlangen (mehr direkte Demokratie, mehr Volksbefragungen und -abstimmungen, neues Wahlrecht mit erhöhter Bedeutung der Vorzugsstimmen etc.) und in der Universität die Demokratie nun praktisch völlig dekonstruiert ist?** Sind von Ihnen z.B. Vorschläge zu gesetzlichen Korrekturen in dieser Hinsicht (z.B. Stichwort: Drittelparität – etwa im Senat) zu erwarten?

*„dekonstruiert“ kenne ich nicht, auch „dekonstruiert“ wäre unpassend. Zur Demokratiefrage sind von mir keine Vorschläge mehr zu erwarten.*

6. **Das Fehlen durchlässiger Karrierewege an den österreichischen Unis** sowie das weithin gehende Fehlen von Laufbahnstellen an den Universitäten sind zwei wesentliche Gründe, warum in unserem Land

für **NachwuchswissenschaftlerInnen kaum mehr attraktive Karriereperspektiven** gegeben sind. Nachteilige Wechselwirkungen von Kettenvertrags- und Kollektivvertragsregelungen, die ursprünglich als Schutzmaßnahmen für die ArbeitnehmerInnen gedacht waren, verschärfen die Situation. Der **Brain Drain** ist bereits seit Jahren Realität (gerade über den Medizinernachwuchs wird aktuell verstärkt diskutiert) und die Erfahrung zeigt, dass der Back Flow trotz staatlicher Programme (vgl. z.B. die Gründung von Ascina unter BM Gehrler u.a.m.) eher gering ist. Dadurch entsteht nicht nur für die österreichische Wissenschaft, sondern auch **für die österreichische Volkswirtschaft ein veritabler Schaden**. Die meisten österreichischen UniversitätsrektorInnen (und auch viele DekanInnen) scheinen für dieses Problem eher unempfindlich zu sein. **Doch gerade für Sie als WissenschaftssprecherIn könnte dieser Aspekt der Fehlentwicklungen an den österreichischen Unis ein besonderes Anliegen sein?**

*Wissenschaft und Forschung leben wesentlich vom Austausch, der auch eine Mobilität der Wissenschaftler einschließt. Ich sehe den „Brain Drain“ daher nicht per se negativ, da es ebenso „Brain Gain“ gibt und wir in Österreich Jahr für Jahr exzellente Wissenschaftler anziehen. Wie in vielen Bereichen gilt auch hier: es braucht ein gesundes Gleichgewicht.*

7. Apropos Wissenschaftsnachwuchs und Brain Drain: Sowohl der FWF als auch die ÖAW sowie die Wittgensteinpreisträger u.a. haben in der jüngeren Vergangenheit vermehrt gerade auf das dringliche Problem nicht nur der strukturellen, sondern auch der **finanziellen Förderung der österreichischen Nachwuchswissenschaft** hingewiesen und vor dem – in der Realität bereits vorhandenen – Prekariat in der Nachwuchswissenschaft gewarnt. Beim FWF können als exzellent bewertete Projekte mangels Budget zu einem Besorgnis erregend hohen Prozentsatz nicht mehr bewilligt werden und insbesondere NachwuchswissenschaftlerInnen als Neuantragssteller haben bei der Vergabe der Mittel sehr reduzierte Chancen. Die ÖAW musste die Zahl ihrer Qualifikationsstipendien verringern, das DOC-FemForte-Programm wurde überhaupt gestrichen (ausgerechnet die Förderung von Frauen in der Technologie wurde gestrichen). Bei der letzten allgemeinen Ludwig-Boltzmann-Ausschreibung kamen von letzten Top-10, als exzellent bewerteten Bewerbungen aufgrund der Budgetlage nur mehr 3 zum Zug. **Auch die Budgetsituation ist eine wesentlicher Ursache des Brain Drain. Werden Sie hier durch Ihre Arbeit im Parlament mit entschlossenen Maßnahmen entgegensteuern können? Wie könnten diese aussehen?**

*Ich habe mich sowohl als Wissenschaftsminister als auch Wissenschaftssprecher stets aus Überzeugung für eine deutlich bessere Dotierung des Wissenschaftsfonds FWF eingesetzt, und erste Erfolge wurden erzielt. Auch die avisierte „Forschungs-Milliarde“, die zu einem guten Teil dem FWF zugutekommt, zeigt das Engagement der Bundesregierung, den FWF finanziell besser auszustatten.*

**8. Österreichische NachwuchswissenschaftlerInnen leiden** nicht nur an strukturellen und finanziellen Defiziten, sondern teils **auch an der gelebten Praxis an den österreichischen Universitäten, die sie in ihrer Qualifikation und damit in ihren Karrieren behindern**. Mancherorts werden JungwissenschaftlerInnen in der Abhaltung der Lehre (z.B. hinsichtlich bestimmter LV-Typen) eingeschränkt, mancherorts in der Betreuung von Qualifikationsarbeiten (also werden als Betreuer ohne Habilitation für Master-Arbeiten oder Dissertationen ohne sachliche Begründung nicht zugelassen). Mittel zur Mobilität von NachwuchswissenschaftlerInnen werden mitunter eingeschränkt oder die Mobilität behindert statt gefördert. Freistellungen z.B. für Gastlehre an einer anderen Universität (oder Sabbatical o.ä.) werden gar nicht oder nur teilweise gewährt. Generell wird der Zugriff auf Ressourcen eines Instituts (Sekretariat etc.) oft stark eingeschränkt. Diese Einschränkungen sind rechtlich, sachlich, fachlich und auch budgetär völlig unbegründet, sondern sind eher der aktuelle Ausdruck traditioneller hierarchischer Gefälle und überkommenen Kuriendenkens. Daraus erwachsen dem österreichischen Wissenschaftsnachwuchs im europäischen bzw. internationalen Wettbewerb völlig unnötige Karrierenachteile. Bei kompetitiven Bewerbungen um höher- und hochwertige Stellen im Ausland können sie dann im unmittelbaren Vergleich mit KollegInnen aus anderen Ländern dann oft in wichtigen Teilbereichen (z.B. Lehre, Betreuung etc.) nur bescheidenere Leistungsbilanzen vorweisen und daher nur sehr schwer oder gar nicht reüssieren. **Welche Maßnahmen kann hier die Politik setzen?**

*Die von Ihnen geschilderten Zustände sind sowohl ärgerlich als auch hinderlich, mir aus der Praxis aber nicht bekannt. Diese Unkultur gehört an den jeweiligen Universitäten behoben, geeignete (gesetzliche) Maßnahmen müsste man auf Basis von Fakten diskutieren, da kann ich im Moment keine fundierten Vorschläge anbieten.*

### **C. Themenblock 3: Zukünftige Strukturen der Hochschul- und Forschungslandschaft Österreich**

9. In die Zeit des eigenständigen Wissenschaftsministeriums fällt auch der Kahlschlag in der außeruniversitären Forschung in Österreich. Viele renommierte Institute, erfolgreiche Forschungsprogramme und -projekte sowie bedeutende Publikationsorgane standen plötzlich vor dem aus. Gerade auch hier wurden viele WissenschaftlerInnen in der Mid-Career freigesetzt und viele von diesen – Kritiker sagen: die Besten – sind mittlerweile aus Österreich abgewandert. **Welche Rolle spielt Ihrer Meinung nach die außeruniversitäre Forschung für unser Land?** Welche kann oder sollte sie spielen?

*Unter Wissenschaftsministerin Beatrix Karl wurde eine Bereinigung vorgeschlagen, das ist richtig. Von einem „Kahlschlag“ würde ich nicht sprechen, da bspw. alleine an der ÖAW 13 Einheiten bzw. Forschungsgruppen erfolgreich an Universitäten übertragen wurden. Für diese Übertragungen wurde auch zusätzliches Geld in die Hand genommen. Das war kein einfacher, schlussendlich aber lohnender Prozess, da er auch zur Profilbildung und zur Stärkung der Lehre (durch Integration in bestehende Lehrprogramme) beigetragen hat.*

10. Vom Kahlschlag der außeruniversitären Forschung zunächst nicht unmittelbar betroffen war z.B. die ÖAW. Die ÖAW wurde gerade in den letzten Jahren programmatisch zum Flaggschiff der österreichischen Wissenschaft hochstilisiert, unter Töchterle hat sie vorübergehend stark und unter massiven Protesten aus dem In- und Ausland an Substanz eingebüßt. Das Schrumpfen des Stipendienprogramms wurde schon angesprochen. Mit Prof. Zeilinger hat die ÖAW einen international höchst renommierten Präsidenten als Ansprechpartner für die Politik. **Welche Rolle sehen Sie für die ÖAW in den nächsten 10 Jahren?**

*Ich kann Ihren Befund über die Entwicklung der ÖAW in meiner Amtszeit nicht teilen. Die ÖAW wurde durch mehrere Maßnahmen als eine führende Einrichtung heimischer Spitzenforschung außerhalb der Universitäten gestärkt, etwa auch durch die erstmals abgeschlossenen Leistungsvereinbarungen, die ein klares Programm und finanzielle Planbarkeit gebracht haben. Ich erinnere weiters etwa an das Stimulierungsprogramm "Joint Excellence in Science and Humanities", das "New Frontiers Research Infrastructure"-Programm und das "Österreichische Zentrum Digitale Geisteswissenschaften".*

11. Auch der **Ludwig-Boltzmann-Gesellschaft** wurde in den vergangenen Jahren unter den eigenständigen Wissenschaftsministern eine strategische Schlüsselstelle in der österreichischen Forschung zugewiesen. Warum eigentlich ausgerechnet – und quasi nur – die LBG, das wurde kaum je politisch thematisiert. Mit Josef Pröll amtiert auch dort ein Präsident, der kein Unbekannter ist, und die anderen Mitglieder des Vorstands sind in der österreichischen Wirtschaft ebenfalls höchst prominent. **Welche Bedeutung messen Sie der LBG in Zukunft zu?**

*Die Ludwig Boltzmann Institute leisten Grundlagenforschung auf höchstem Niveau und können maßgeblich dazu beitragen, eine Disziplin an einem Standort mit aufzubauen und zu stärken. Als Beispiel kann ich das Ludwig Boltzmann Institut für Neulatein in Innsbruck nennen, das wesentlichen Anteil daran hat, dass Innsbruck mittlerweile weit über die Landesgrenzen für die neulateinische Forschung bekannt ist. Generell ermöglicht die Ludwig Boltzmann Gesellschaft mit den Instituten ein breites Themenspektrum, von der Archäologischen Prospektion bis hin zur Krebsforschung, und ebenso kann die Brücke zur Anwendung erfolgreich gebaut werden. Mit der jüngsten Initiative, dem „Open Innovation in Science Research and Competence Center“ hat die LBG auch deutlich gezeigt, dass sie am Puls der Forschung agiert.*

12. Über eine **medizinische Fakultät oder Universität in Linz** war viele Jahre ein kontroverses wissenschaftspolitisches Thema. Nun würde die Fakultät errichtet. **Was ist Ihre Position dazu?**

*Die Diskussion und inhaltliche Entscheidung über die Medizinische Fakultät in Linz fiel bekanntlich maßgeblich in meine Zeit als Wissenschaftsminister, ich kenne daher sämtliche pro- und contra-Argumente recht genau. Der Wunsch der Linzer war nachvollziehbar, die Reaktionen der anderen Standorte erwartbar. Die bisherige Entwicklung am Standort Linz nehme ich positiv wahr, auch die Kooperation mit der Medizinischen Universität Graz.*

13. Über **potentielle Zusammenlegungen von Universitäten** an einem Standort wurde zu Beginn der Legislaturperiode noch gesprochen, wurde aber rasch in der politischen Diskussion fallen gelassen. **Wie stehen Sie dazu?**

*Eine etwaige Zusammenlegung von etablierten Universitäten muss sehr gründlich überlegt werden und würde natürlich Widerstände hervorrufen. Ich kenne diese Diskussion vom Standort Innsbruck, wo ich nach wie vor der Ansicht bin, dass eine Zusammenlegung der Universität Innsbruck und der Medizinischen Universität Innsbruck durchaus sinnvolle Synergien (und auch einen bedeutenden Sprung nach vorne in Unirankings) bringen würde. Wir haben aber gerade auch in Innsbruck gesehen, dass eine Fusion gegen massive Widerstände an den Institutionen selbst kaum erfolgsversprechend und daher auch nicht erstrebenswert ist. Eine Zusammenlegung müsste von einem eindeutigen Kooperationswillen getragen sein, das war in Innsbruck definitiv nicht der Fall und ist daher derzeit auch nicht mehr aktuell.*

14. Der Sektor der **Privatuniversitäten** ist in Österreich vergleichsweise wenig entwickelt. Medial werden Privatusis wenig thematisiert. Im gesellschaftlichen Diskurs wird mitunter geringschätzig über „gekaufte Abschlüsse“ gesprochen. Politisch wurde zuletzt verstärkt die Beteiligung von öffentlichen Unis an Privatusis kritisiert. **Welche Rolle sollen aus Ihrer Sicht Privatusis in Österreich spielen?** Wo sind ihre Stärken und Schwächen, allgemein und gerade in Bezug auf die Situation in Österreich? Welche Rolle sollen die öffentliche Hand bzw. öffentlichen Unis für die Entwicklung des privaten Universitätensektors spielen?

*Öffentliche Universitäten und Privatuniversitäten müssen kein Entweder-oder sein. Im Sinne einer vielfältigen Hochschullandschaft sehe ich ein Sowohl-als-auch, durch stimmige Zusammenarbeit können sie sich zudem auch gegenseitig (be)stärken. Unabdingbar ist in beiden Sektoren ein hohes Maß an Qualität. Diese sehe ich durch die Arbeit der AQ Austria, wo bekanntlich die Studiengänge genehmigt werden, gegeben.*

*Dass die Zusammenarbeit öffentlicher und privater Universitäten sinnvolle Synergien und damit eine Stärkung des Hochschulstandortes bringen kann, sehen wir etwa bei der Kooperation der Universität Innsbruck mit der UMIT in Hall. Klarerweise muss es bei der Finanzierung Transparenz geben.*

15. Zum Thema **Fachhochschulen „versus“ Universitäten:**

a. Die Leistungen, und damit verbunden die Finanzierung der Unis und FHs werden immer wieder miteinander verglichen. FHs fühlen sich meist benachteiligt, Unis unfair gemessen. Der vollen **Studienplatzfinanzierung** an den FHs steht die zuletzt brennende Frage der Studienplatzfinanzierung und Betreuungsverhältnisse an den Unis gegenüber. In punkto **Betreuungsverhältnisse** ist der Berechnungsmodus meist sehr verzerrt, je nachdem, wer was darstellen will. Bei den FHs wird immer wieder ein Qualitätsproblem moniert: Wer für einen FH-Abschluss bezahlt, bekommt ihn auch. Die Unis werden nach **Abschlüssen** gewertet, die StudienanfängerInnenzahlen spielen da keine Rolle – eine Postfestum-Bewertung, die um mindestens 4 Jahre nachhinkt und nie up-to-date ist (so wie die Impact-Faktoren der Zeitschriften top-aktuelle Spitzenforschung nie ranken und daher ein veraltetes System favorisieren und verstärken). **Wie bewerten Sie das neue Modell für die Studienplatzfinanzierung, das**

## 2019 implementiert werden soll? Wie sollen Universitäten finanziert werden: Verhältnis staatliche Finanzierung zu Drittmitteln?

b. Auch die Aufwertung von FHs und die **Durchlässigkeit der Ausbildungsschienen** sind immer wieder ein Thema. Die Universitäten lehnen die Durchlässigkeit aus bestimmten Gründen ab. FHs und Unis haben unterschiedliche Zielsetzungen! Welche inhaltlichen Argumente sprechen für die Durchlässigkeit, außer dass die Wirtschaft es möchte? Welche Auflagenpolitik kann gefahren werden?

*Die Implementierung der Studienplatzfinanzierung würde den Universitäten mehr Qualität bringen, davon profitieren Studierende, Lehrende und der gesamte Standort. Das derzeit vorliegende Modell (Begutachtung endet Mitte September) bewerte ich positiv, sieht es doch eine transparentere Finanzierung der Universitäten (basierend auf den drei Säulen Lehre, Forschung und Infrastruktur) sowie verbesserte Betreuungsrelationen Studierende/Lehrende vor. Dadurch sollen die Zahl der prüfungsaktiven Studierenden sowie der abgeschlossenen Studien gesteigert, die Zahl der Studienabbrecher gesenkt und die durchschnittliche Studiendauer verkürzt werden.*

*Die Universitäten werden immer zu einem Großteil von der öffentlichen Hand finanziert werden, allerdings können und sollen diese öffentlichen durch private Mittel ergänzt werden. Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass der Anteil privater Mittel bei uns nur marginal ist. Zur Steigerung könnte auch ein sozial verträglich ausgestaltetes Studienbeitragsmodell zählen.*

*Was das Verhältnis Universitäten – Fachhochschulen betrifft: Beide Hochschultypen haben ihre Stärken, deren sie sich bewusst sein müssen. Eine gewisse Durchlässigkeit kann dennoch förderlich sein, das wurde zuletzt auch im Strategieprozess des Ministeriums („Zukunft Hochschule“) ausgelotet. Einmal mehr zeigt sich: Kooperationen erfordern den Willen aller Beteiligten, dann können sie einen gelingenden Mehrwert darstellen.*

### 16. PädagogInnenbildung Neu:

Das alte Lehramtsstudiensystem mit der klassischen Aufteilung zwischen PädAks bzw. PHs und Unis für die Qualifikation zum Unterricht in den verschiedenen Schulstufen ist in Transformation so wie auch das Bild vom und die Qualifikation der Lehrkraft. PHs und Unis müssen in der Ausbildung stärker kooperieren. Wie soll ihrer Meinung nach die politische Verantwortung für eine ideale Lehramtsausbildung organisiert sein? Vereint in einem Wissenschaftsministerium? Oder vereint in einem Bildungsministerium? Oder in Kooperation beider Ministerien? Wo soll die Ausbildung der ElementarpädagogInnen in diesem System verortet sein? Und dann auch die politische Verantwortung dafür? Welche Rolle sollen die Unis und welche die PHs spielen?

*Ich bin bereits im Zuge der letzten Regierungsverhandlungen dafür eingetreten, die Verantwortung für Universitäten wie auch Pädagogische Hochschulen und damit für die gesamte Lehrerbildung im Wissenschaftsressort zu bündeln. Das sehe ich nach wie vor so. Auch die Elementarpädagogik muss zunehmend ein Forschungs- und Lehrgegenstand der Universitäten werden.*

### D. Themenblock 4: Lehre

17. An den Universitäten wurde die Forschung in den vergangenen Jahren in den Mittelpunkt gestellt, sämtliche **Evaluierungen** von WissenschaftlerInnen stellen auf **Forschungsevaluation** ab. Dabei rückt vor allem durch die kurzfristigen Anstellungsverhältnisse und eben die Schwerpunkte in der Evaluierung die **Qualität der Lehre weiter in den Hintergrund**. Welche Schritte sehen Sie zur Stärkung des Stellenwerts der universitären Lehre und zur Unterstützung derer, die sich in der Lehre einsetzen?

*Mir war die Stärkung der Lehre stets ein Anliegen, und ich habe in meiner Zeit als Wissenschaftsminister zB den Staatspreis „Ars Docendi“ ins Leben gerufen, um damit hervorragende Leistungen in der Lehre*

*auszuzeichnen. Der Umdenkprozess, den hohen Stellenwert der Lehre auch als solchen anzuerkennen, wird aber sicher noch mehr Zeit und weitere gezielte Maßnahmen benötigen. Eine kann jedenfalls auch die Studienplatzfinanzierung sein, da sie auch eine Verbesserung der Lehre durch verstärkte Betreuung der Studierenden bringt. Das ist klarerweise auch für Lehrende ein enormer Qualitätsschritt.*

18. Eine Frage, die v.a. die Studierenden interessieren wird: Durch die Bologna-Struktur sind die **Auslandsaufenthalte in manchen Studienrichtungen eher zurückgegangen**, da 1-2 Auslandssemester bei 6 Semestern (Bachelor) bzw. 4 Semester (Master) insgesamt sehr kurz sind. Wie können Studierende hier besser gefördert werden?

*Studierende werden durch das Mobilitätsprogramm „Erasmus“ bzw. nun „Erasmus plus“ bestmöglich bei ihrem Schritt ins Ausland unterstützt. Gerade kürzlich gab es im Rahmen des Forums Alpbach eine Konferenz, wo sich sämtliche Mobilitätsagenturen wie etwa aus Österreich der OeAD zusammengesetzt haben, um an weiteren Verbesserungen zu arbeiten. Ich gehe davon aus, dass in der nächsten Programmphase auch dieser Aspekt berücksichtigt werden wird.*

19. Noch zu Bologna: **Der Wechsel zwischen Bachelor und Master auf eine andere Uni ist durch die Heterogenität der einzelnen Universitäten schwieriger geworden**. Die Universitäten suchen sich jetzt nach ihren Profilen die Studierenden aus. Ist das für Sie erstrebenswert oder soll man die Autonomie hier in Richtung Durchlässigkeit einschränken?

*Das ist in der Tat eine schwierige Aufgabe, da sowohl die Autonomie als auch die Mobilität und Durchlässigkeit jeweils für sich ein hohes Gut darstellen. Gerade diese Frage war auch eine zentrale im angesprochenen Prozess der „Zukunft Hochschule“- wie schafft man eine Balance zwischen einer Profilschärfung der Hochschulen bei gleichzeitig mehr Durchlässigkeit. In den Rechtswissenschaften ist ein wichtiger Schritt gelungen: so werden etwa die Studieneingangs- und Orientierungsphasen gegenseitig anerkannt. Letztlich wird es an allen Beteiligten liegen, kompatible Lösungen für die jeweiligen Studien zu finden.*